

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

Geflügelpest nunmehr in sieben Départements

In Frankreich sind bis zum vergangenen Donnerstag (07.01.) insgesamt 67 Fälle von Geflügelpest registriert worden. Betroffen von dem hochpathogenen Virustyp H5N1 sind laut Angaben des Pariser Agrarressorts nunmehr sieben Départements im Südwesten des Landes. Besonders heimge-sucht wurden dabei die Départements Landes und Dordogne mit 28 Fällen sowie 13 Fällen beziehungsweise Pyrénées Atlantiques mit elf und Gers mit zehn Ausbrüchen. Im Département Hautes-Pyrénées registrierten die Behörden drei Fälle von Vogelgrippe, in Haute-Vienne und Lot jeweils einen. Ende November war der erste Ausbruch im Rahmen des aktuellen Geflügelpestgeschehens auf einem Betrieb in Dordogne festgestellt worden.

Real "verschenkt" Packung Eier für 30 Cent

Der Real-Supermarkt aus Stuhr bei Bremen verkauft offenbar derzeit eine Packung mit 10 Eiern für 30 Cent. So hat es ein Kunde auf dem Portal mydealz eingestellt. Wie die Kommentare darunter zeigen, fragen sich nun auch die Verbraucher, wie der Landwirt da noch etwas verdienen soll. Der Deutsche Bauernverband hat daraufhin ans Kartellamt geschrieben, dass geeignete Maßnahmen gegen das wettbewerbswidrige Verhalten von Real zu prüfen und zu veranlassen seien. Die bestehende Regelung zum Verbot des Verkaufs von Lebensmittel unter Einstandspreis muss auch in geeigneten Fällen zur Anwendung gelangen. Unabhängig von diesem konkreten Fall fordert der Deutsche Bauernverband eine unbefristete Verlängerung und gerichtsfeste Ausgestaltung des Verbots des auch gelegentlichen Verkaufs unter Einstandspreis.

DBV: Kein Verständnis für Ministererlaubnis

„Für die Ministererlaubnis zur Übernahme von Kaiser's Tengelman durch EDEKA haben die deutschen Bauern kein Verständnis.“ So bewertet DBV-Präsident Joachim Rukwied die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers. „Auch die möglichen zusätzlichen Auflagen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bedenkliche Konzentration von Nachfragemacht bei den großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels weiter befördert wird“, so Rukwied. Dadurch drohe eine

weitere Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen in der Lebensmittellieferkette, die nicht zuletzt zu Lasten landwirtschaftlichen Erzeugers als erste Stufe dieser Kette gehe. Die wettbewerbs-schädliche Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel führe eindeutig zu Wertschöpfungsverlusten in der Landwirtschaft.

Eurobarometer: Hohe Anerkennung für Landwirtschaft

Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage hat ergeben, dass 94 % der EU-Bürger (93 % in Deutschland) Landwirtschaft und die ländlichen Räume für sehr oder ziemlich wichtig für unsere Zukunft halten. Gut $\frac{2}{3}$ der Befragten sehen das wirtschaftliche Potenzial, Beschäftigung im ländlichen Raum sowie die Unterstützung des Landwirts in der Wertschöpfungskette als wichtig bei der GAP an. Insbesondere bei der Gruppe der 15-24-Jährigen zeigen sich mangelnde Kenntnisse über Landwirtschaft und Agrarpolitik.

Wirksamkeit des Kartellrechts in der Lebensmittellieferkette stärken

Der DBV begrüßt das von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt gegenüber Journalisten erklärte Ziel, über eine Novelle des Wettbewerbsrechts das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis wirksamer gestalten zu wollen. Der Preiskampf und die Konzentration von Nachfragemacht im Lebensmitteleinzelhandel führen nach Einschätzung des DBV zu Wertschöpfungsverlusten in der Landwirtschaft. Es bedarf daher kartellrechtlicher Rahmenbedingungen, die die zunehmende Schieflage bei der Wertschöpfungsverteilung in der Lebensmittelkette korrigieren.

Ein Schritt in diese Richtung ist deshalb auch die angestrebte Umsetzung der langjährigen Forderung des DBV, das Verbot des auch gelegentlichen Verkaufs unter Einstandspreis über 2017 hinaus unbefristet zu verlängern und klarer zu regeln. Das Verbot sollte so ausgestaltet werden, dass der Bezugspreis unter Ausschluss der Werbekostenzuschüsse oder vergleichbarer Zahlungen gerichtsfest durch die Kartellbehörden bestimmt werden kann.

Der DBV sieht die Politik in der Verantwortung, Anpassungen im Kartell- und Wettbewerbsrecht vorzunehmen, um den Kartellbehörden gerichtsfeste Instrumente für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Lebensmittellieferkette an die Hand zu geben.